

presse

Regulierung der Leiharbeit noch nicht abgeschlossen

Zu den vom 1. November 2012 an geltenden Zuschlägen bei Leiharbeit in der Metallbranche erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme:

Die Zuschläge sind immens wichtig und ein richtiger Schritt. Zu diesem Verhandlungserfolg ist beiden Seiten auch zu gratulieren. Viele Beschäftigte werden davon profitieren.

Dennoch kann die Regulierung der Leiharbeit hier nicht enden. Zum einen gibt es nach wie vor etliche Branchen, in denen keine Zuschläge gezahlt und Leiharbeiter eklatant schlechter bezahlt werden als die Stammbeslegschaft. Zum anderen ist ein prozentualer Zuschlag eben nicht das Gleiche wie gleiche Bezahlung. Selbst bei einem Zuschlag von 50 Prozent, wie ihn die letzte Stufe im IG-Metall-Tarifvertrag vorsieht, bleibt eine Lohnlücke.

Da selbst der Arbeitgeberverband Gesamtmetall die Flexibilität bei der Leiharbeit für wichtiger hält als die reine Kostenkomponente, sollte der mit dem Tarifvertrag eingeschlagene Weg bis zum Ziel gegangen werden. Für Leiharbeit sollte Equal Pay gelten. Außerdem wollen wir als SPD den Betriebsräten mehr Mitbestimmungsrechte beim Einsatz von Leiharbeitern einräumen. Und vor allem muss ein Synchronisationsverbot gelten, durch das es Verleihfirmen verboten wird, Arbeitnehmer nur für einen Auftrag einzustellen und anschließend wieder zu entlassen.